

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13;
Tel. 03647 423223 - Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

Pößneck, den 31. 05. 2004

Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die *Bürgerallianz* sieht die Entwicklung der Problematik Wasser und Abwasser mit steigender Skepsis entgegen. Wie bereits 1994, wo Gebühren incl. Grundgebühren für Wasser und Abwasser nicht höher als 8,80 DM/ qm sein sollten, will die CDU Landesregierung mit dem Versprechen der Abschaffung der Herstellungsbeiträge erneut die Wähler täuschen.

Es geht wie damals, nicht um die Sorgen der Betroffenen, sondern nur um den Machterhalt. Bisher wurde nur bei dem Gesetzesentwurf die Forderung zur Abschaffung der Herstellungsbeiträge für Wasser, nicht aber für Abwasser übernommen. Da uns von einer Vielzahl von Zweckverbänden (ZV) bekannt ist, daß für Wasser Herstellungsbeiträge nicht notwendig und nicht zulässig sind, wird allein hier die Scheinheiligkeit der CDU deutlich.

Bei der Umstellung auf eine Gebührenfinanzierung, kommt es **nicht**, wie von der SPD oder wie von Herrn Damm, dem Vorsitzenden des Mieterbundes in Thüringen, behauptet, zu unerträglich sozialen Belastungen der Mieter. Am Beispiel der ZV in Gera, Ilmenau oder Bad Berka ist nachgewiesen, daß dort, bei gleichbleibenden Investitionen, die Gebühren sogar gesenkt werden konnten. Wer, wie die SPD, unsachgemäß die Mieter verängstigt, will wie die CDU nur die Wähler vor den Landtagswahlen täuschen. Da Herr Damm in der Vergangenheit leider unsere Gesprächsangebote abgelehnt hat und viele Vertreter des Mieterbundes vor Ort unsere Forderungen unterstützen, kann man wohl nicht mehr von einer Forderung des Mieterbundes sprechen.

Bei den angekündigten Änderungen der CDU-Landesregierung müssen weitere Forderungen der *Bürgerallianz* aufgenommen werden. So muß z. B. bei der Abschaffung der Herstellungsbeiträge der Zwang zur Rückzahlung von Finanzbeihilfen der ZV aufgehoben werden. Bei einer betriebswirtschaftlichen Überprüfung der ZV müssen die Rechtsvorgänger (OWA, SWA und NWA) mit überprüft werden. Die Prüfer dürfen nicht aus der Mittelrheinischen Treuhand oder aus ihren Töchterunternehmen kommen.

Die *Bürgerallianz* tritt verstärkt zu den Kommunalwahlen am 27. 06. 04 an, um über die Kommunalpolitik den positiven Einfluß auf die Gebührenpolitik der ZV weiter zu erhöhen.

Der Protest auf der Straße wird, wenn notwendig, solange fortgesetzt, bis unsere Forderungen erfüllt werden. An Hand von Wahlprüfsteinen sprechen wir für die kommenden Landtags- und Kommunalwahlen **keine** Wahlempfehlung für **CDU, SPD und FDP** aus (siehe Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst
stellvertretender Landesvorsitzender
<http://www.buergerallianz.de>

Anlage: Wahlempfehlung *Bürgerallianz*

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13;
Tel. 03647 423223 - Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

Bürgerinitiativen zur Landtagswahl „Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben“ e. V.

Soziale Gerechtigkeit – auch bei Kommunalabgaben Zwangsbeiträge – nein!

13. Juni 2004 – Wahltag ist Zahltag!

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

entscheiden Sie mit Ihrer Stimme auch darüber, wie es künftig in Thüringen mit der Erhebung von Kommunalabgaben weitergeht.

Unsere Forderungen sind:

- weg mit den Zwangsbeiträgen
- kommunaler Straßenausbau aus Steuern finanzieren
- Investitionen beim Wasser und Abwasser müssen ausschließlich gebührenfinanziert werden

Die reine Gebührenfinanzierung ist sozialer und ökologischer. Die Verbraucher bezahlen in dem Umfang der Investitionen, wie sie die Einrichtungen nutzen. Durch betriebswirtschaftliche Optimierung, transparente Arbeit der Zweckverbände und stärkere Bürgerbeteiligung können dabei vertretbare, bezahlbare und sozial gerechtfertigte Gebühren gesichert werden.

Wir, die *Bürgerallianz Thüringen*, haben uns vor den Landtagswahlen an die Parteien gewandt und sie befragt, wie sie zu unseren Forderungen stehen. Die Auswertung der Befragung führte zu folgender Erkenntnis:

CDU: Wahlversprechen, die mehrfach nicht eingehalten wurden!

Wir sagen:

Wenn die CDU es ernst meint, dann handelt sie sofort und nicht erst nach den Wahlen. Handelt sie nicht, dann müssen diese Ankündigungen als Wahlkampfmanöver angesehen werden. Bereits 1994 hat die CDU Versprechungen gemacht: (Höchstgebühr von 8,80 DM/m³ Wasser/Abwasser, einschließlich Grundgebühr + Mehrwertsteuer) und 1999: (zinslose Stundung aller Beiträge) und dies nach der Wahl nicht eingelöst.

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13;
Tel. 03647 423223 - Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

- 2 -

SPD: Altes Denken und Beibehaltung der Beitragserhebung.

Wir sagen:

Die SPD hält an der unsozialen und überhöhten Beitragserhebung fest. Sie verharrt in altem Denken und spielt Grundstückseigentümer und Mieter gegeneinander aus. Eine solche unsolidarische Politik lehnen wir ab!

PDS: Die Beiträge sollen abgeschafft werden, gefordert werden sozialverträgliche Gebühren. Der kommunale Straßenausbau ist über die kommunale Beteiligung am Aufkommen der Kfz- und Mineralölsteuer zu finanzieren. Für Fehlinvestitionen dürfen die Bürger nicht zur Kasse gebeten werden. Unterstützung der Bürger und Bürgerinitiativen durch ein gesondertes Kommunalabgabenreferat im Thüringer Landtag durch die PDS-Fraktion.

Wir sagen:

Die PDS verfolgt ein Konzept, das unseren Forderungen in großen Teilen entspricht!

Die PDS hat unsere Arbeit in einer Art und Weise unterstützt, wie wir dies von den anderen Parteien auch erwarten.

Bündnis 90/ Die Grünen: Beitragswegfall und eindeutige Kalkulationen mit Offenlegung gefordert.

Wir sagen:

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen unsere Forderungen!

FDP: Keine Rückäußerung – Desinteresse

Wir sagen:

Die FDP ist offenkundig immer noch nur mit sich selbst beschäftigt. Die Probleme im Lande interessieren diese Partei offenbar nicht. Als Partei der Besserverdienenden sind überhöhte und unsoziale Kommunalabgaben für sie wahrscheinlich kein Problem!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
jetzt kennen Sie die Positionen der Parteien.

Entscheiden Sie am 13. Juni 2004 selbst!

Lesen – Kopieren – Weitergeben!

<http://www.buergerallianz.de>